

Nürnberg.

SPD

DER SPRINGENDE PUNKT

MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG AUSGABE 10-11/2025



Liebe Leserin,
lieber Leser,

unser Chancenkongress war ein starkes Signal: Über 100 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Anliegen eingebracht. Daraus ist ein klares Bild entstanden: Nürnberg braucht neue Chancen. Chancen auf bezahlbares Wohnen, gute Kitas und sichere Viertel. Chancen für Familien, die Entlastung brauchen, und für junge Menschen, die Perspektiven suchen.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, was es heißt, eine Chance zu bekommen. Meine Eltern kamen als Geflüchtete in die Südstadt und ich habe hier durch Bildung und Zusammenhalt meinen Weg gehen können. Genau deshalb kämpfe ich dafür, dass Nürnberg wieder die Stadt der Chancen für alle wird.

In den kommenden Wochen stehen schwierige Haushaltsberatungen im Rathaus an. Unser Kompass ist dabei eindeutig: Wir müssen den Haushalt stabil halten, denn ein finanzielles Chaos würde den sozialen Zusammenhalt gefährden. Aber wir werden auch dafür sorgen, dass Investitionen in Chancen nicht auf der Strecke bleiben; sei es bei Wohnen, Bildung oder Zusammenhalt.

Jetzt ist die Zeit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Für ein Nürnberg, das niemanden zurücklässt und in dem jede und jeder die Chance hat, voranzukommen. Mach mit – im Ortsverein, in der AG, bei Aktionen oder im Team Nasser. Denn nur gemeinsam können wir gewinnen.

Euer

Nasser Ahmed



INGRID MIELENZ – DIE AUSNAHMEFRAU

Von Kerstin Gardill für Ingrid Mielenz zum 80. Geburtstag

Kerstin Gardill und Ingrid Mielenz.

Zweimal konnte ich bis jetzt ausführlich mit ihr sprechen – mit der Frau, die 1986 als erste Frau in die Nürnberger Stadtspitze gewählt wurde, mit der Frau, die 18 Jahre lang eine prägende Sozialreferentin in Nürnberg gewesen war und die bereits schon vorher, zu ihrer Berliner Zeit, eine Ausnahmefrau gewesen ist – wie ihr Ehemann Dieter Kreft bei unserem ersten Gespräch liebevoll erwähnte.

Eine „Ausnahme“ – im besten Sinne konnotiert – ist tatsächlich vieles an Ingrid Mielenz, sei es in ihrer Funktion als Politikerin oder einfach „nur“ als Mensch.

Es schlägt mir direkt eine harmonische und freundliche Atmosphäre entgegen, als ich zum ersten Mal die geräumige und licht-

durchflutete Wohnung von Ingrid Mielenz und Dieter Kreft in der Nürnberger Nordstadt betrete. Bei Bionade und Zigaretten sprechen wir über zwei Stunden lang intensiv über Ingrid's Werdegang. Schnell wird uns klar, dass das nicht unser letztes Gespräch sein wird, und wir verabreden uns ein weiteres Mal.

„Ich habe lieber gemacht, als mich in die erste Reihe zu stellen“

Während unserer beiden Gespräche wurde mir sehr rasch klar: Vor mir sitzt eine Frau, die sämtliche regionalen und überregionalen Funktionen in der Kinder- und Jugendhilfe inne hatte und in diesem Bereich so gut wie alles gemacht hat, was möglich war. >>



Ingrid Mielenz 1999.



Vor mir sitzt außerdem eine Frau, die eine bundesweit anerkannte Expertin im Bereich der Sozialen Arbeit und der Wohlfahrtspflege war und immer noch ist. Eine Frau, die vom SPD-Kommunalpolitiker Gebhard Schönfelder von Berlin nach Nürnberg geholt wurde, weil ihr schon damals ihr hervorragender Ruf vorauselte. Eine Frau, die in Nürnberg – innerparteilich wie überparteilich – die männliche Konkurrenz aufgrund ihrer großen fachlichen Expertise mit einer Leichtigkeit hinter sich ließ. Im Januar 1997 trat Ingrid Mielenz ihr Amt als Sozialreferentin an und war damit die erste Frau an der Nürnberger Stadtspitze. 18 Jahre sollte ihre Amtszeit andauern – getragen und unterstützt auch, und vor allem, von den vermeintlichen politischen Gegnern. Repräsentation, das war – nach eigener Aussage – nie das Ihre, auch wenn das Repräsentieren selbstverständlich zu diesem exponierten Amt dazugehört. Deswegen teilte sie sich ihren Arbeitsbereich auf: ein Drittel Repräsentation, ein Drittel Büroarbeit und ein Drittel draußen bei den Menschen vor Ort, um deren Bedürfnisse zu kennen und konkret zu helfen.

„Ich habe lieber gemacht, als mich in die erste Reihe zu stellen“ – das trifft sehr gut zu auf Ingrid Mielenz, als Mensch und als Politikerin. Nicht überraschend also, dass so mancher Wegbegleiter von einer „Ära Mielenz“ und einem „Glücksfall für Nürnberg“ spricht.

„Die einflussreichste Frau Frankens“

Gleich zu Beginn, nur 14 Tage nach Amtsantritt, musste sich die neue Sozialreferentin bewähren. In der Schlüsselfelder Straße explodierte damals ein Wohnhaus, weil ein Mieter die Gasleitung angezapft hatte, nachdem ihm die Heizung wegen Zahlungsrückständen abgedreht worden war. Mielenz wird sogleich aktiv – sie begnügt sich nicht mit Worten des Bedauerns oder weiteren Worthülsen. Sie verhandelte kurzerhand mit der EWAG (heute N-ERGIE) und erreichte eine Sonderregelung für Sozialhilfeempfänger: Das Energieunternehmen informierte ab diesem Zeitpunkt das Sozialreferat über größere Zahlungsrückstände, um gemeinsam Lösungen zu finden. Ihre Krisenfestigkeit hatte sie damit innerhalb kürzester Zeit bewiesen.

Sieben Sparhaushalte sollten in den darauffolgenden Amtsjahren folgen – die Bilanz der Ära Mielenz in Nürnberg ist nichtsdestotrotz beachtlich: Unter ihrer Führung entstand das Magazin Straßenkreuzer – ein Magazin für Menschen in sozialer Not, dessen Vertriebsstruktur so ausgerichtet war und ist, dass Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, das Magazin verkaufen und viel Positives aus dieser Tätigkeit ziehen können. Auch das Magazin 66 war eine Idee von Mielenz – für dessen erste Ausgabe schickte Schlagersänger Udo Jürgens sogar ein Grußwort. Sie rief die NOA (Noris-Arbeit gemeinnützige Beschäftigungs-GmbH der Stadt Nürnberg) ins Leben, ordnete den Allgemeinen Sozialdienst neu, und auch das NürnbergStift wurde in ihrer Amtszeit geschaffen. Ebenfalls rief sie den Stadt seniorenrat ins Leben und gründete das Seniorenamt. Auch die Pflegekonferenz und die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendtreffs Klüpfel entstanden auf Initiative der Sozialreferentin. Diese Liste könnte noch endlos weitergeführt werden – sie würde aber den Rahmen hier sicherlich sprengen. Es verwundert auf-

grund der vielen Initiativen nicht, dass die Nürnberger Abendzeitung bereits im Jahr 1990 Ingrid Mielenz zu den zehn einflussreichsten Frauen Frankens zählte – gemeinsam mit Quelle-Chefin Grete Schickedanz, der späteren Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und Ursula Engelen-Kefer, ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende. Als Renate Schmidt zur Bundesfamilienministerin berufen wurde, wollte sie Ingrid Mielenz als ihre Staatssekretärin mit nach Berlin nehmen. Politische Ränkespiele in der Hauptstadt verhinderten das – zum Glück für Nürnberg.

Glückwünsche und Dank

Liebe Ingrid, im wahrsten Sinne des Wortes bist Du eine Ausnahmefrau. Im Namen der gesamten Nürnberger SPD wünsche ich Dir alles, alles Gute zu Deinem 80. Geburtstag – verbunden mit einem großen Dank für Deine wertvolle und prägende Arbeit, die Dich für viele zum Vorbild macht.

Bleib genauso, wie Du bist.

Biographisches

Ingrid Mielenz wurde am 13. September 1945 in Berlin geboren. Nach ihrem Abitur studierte sie Soziologie, Volkswirtschafts- und Betriebslehre sowie Arbeitsrecht an der Freien Universität Berlin, mit anschließendem Regierungsreferendariat (Staatsexamen) beim Land Berlin. Von 1974 bis 1986 (ab 1977 als Leiterin) war sie in der Planungsgruppe beim Senator für Familie und Jugend tätig, mit dem Schwerpunkt auf Kindertagesstättenplanung, beruflicher Bildung, Wohnen und Stadtanierung. Von 1997 bis 2005 war sie berufsmäßige Stadträtin für Jugend, Familie und Soziales in Nürnberg. Mielenz hatte mehrere bundesweite Ämter inne und erhielt zahlreiche Preise, unter anderem den Hermine-Albers-Preis (Deutscher Jugendhilfepreis). Sie war außerdem Mitglied der Sachverständigenkommission des 8. Jugendberichts, Vorsitzende des Bundesjugendkuratoriums und langjährige Lehrende an verschiedenen Hochschulen. Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen im Bereich der Sozialen Arbeit und war Herausgeberin des Wörterbuchs für Soziale Arbeit.

Anmerkungen der Autorin

Eine ausführliche Würdigung des Menschen und der Politikerin Ingrid Mielenz – auch in Bezug auf ihre bundesweiten Tätigkeiten – folgt im Jahr 2026, anlässlich des 160. Geburtstags der Nürnberger SPD.



Bei hervorragendem Sommerwetter konnte Jasmin Bieswanger von der SPD Knoblauchsland zahlreiche Kinder, deren Eltern, Großeltern und viele weitere Besucherinnen und Besucher auf dem Campus des Boxdorfer Behindertenzentrums zum Jubiläumskinderfest begrüßen. Sie blickte stolz zurück auf die Entwicklung seit 1975, als die damaligen Knoblauchsländer Genoss*innen auf der Wiese neben der damals noch deutlich kleineren Boxdorfer Werkstatt das erste inklusive Fest starteten. Seither sind sowohl das Fest als auch die Anlage gewachsen – und haben sich über die Jahrzehnte immer wieder verändert. Dazu beigetragen haben unter anderem die Erlöse aus den Festen, die stets für außergewöhnliche Projekte mit nicht gedecktem Finanzierungsbedarf verwendet wurden. Bis heute konnten auf diese Weise über **130.000 Euro** erwirtschaftet werden. Dank umfangreicher Werbung – im Springenden Punkt, in den Sozialen Medien, klassisch in Schaukästen und mit rund **6.000 Flyern** in Knoblauchsländer Briefkästen – strömten zahlreiche Besucherinnen und Besucher auf das Festgelände. Die Organisatoren **Helge Hofmann** und **Horst Bielmeyer** zeigten sich hochzufrieden mit dem großen Andrang. An verschiedenen Stationen konnten sich die Kinder austoben – von der klassischen Hüpfburg über Geschicklichkeitsspiele bis hin zum Steckenpferd-Parcours. Ein Zauberclohn, eine Capoeira-Tanzgruppe und die integrative Band **MusicBoXX** sorgten für Unterhaltung und gute Stimmung. **1.600 Tombola-Lose** wurden in Rekordzeit verkauft, und am Ende waren alle Speisen und Getränke restlos ausverkauft.

Auch zahlreiche langjährige Unterstützerinnen und Unterstützer meldeten sich zu Wort: **Renate Schmidt**, **Rolf Langenberger** und **Christian Vogel** übermittelten ihre Glückwünsche im Vorfeld. **Gabriela Heinrich** und ihr Amtsvorgänger **Günter Gloser**, **Arif Tasdelen**, der ehemalige Vorsitzende der Knoblauchsländer SPD **Thorsten Brehm** und viele weitere gratulierten persönlich. In seinem Grußwort betonte **Nasser Ahmed** die Wichtigkeit einer kindgerechten Politik und einer ausreichenden Förderung der „Garanten unserer Zukunft“. Zum Abschluss blickte auch der Ehrenvorsitzende der Knoblauchsland-SPD, **Ex-Stadtrat Dr. Paul Braune (85)**, auf die erfolgreichen 50 Jahre zurück. Als letzter noch aktive Genosse, der schon beim ersten Kinderfest dabei war, freute er sich über die vielen neuen Aktivitäten im Laufe der Zeit – und besonders über den frischen Beitrag der Stadtratskandidatinnen **Bella Kukla** und **Janina Dotzauer**. Nur mit solchen jungen und engagierten Kräften, so Braune, führe der Weg in die Zukunft – für die Partei ebenso wie für das Boxdorfer Kinderfest.





SOZIALSTAAT – KEIN “NICE TO HAVE”

von SABINE KNUHR-WEINIGER, Bezirksrätin

Die lange politische Sommerpause ist vorbei – mein Terminkalender ist bereits bis Ende November gut gefüllt. Gestärkt und erholt gehe ich den kommenden Herausforderungen, schönen Terminen und spannenden Entwicklungen entgegen.

Mein erster Termin führte mich zum Ortsverein Nordost. Im Nachbarschaftstreff **SIGENA Nordostbahnhof** skizzierte ich die Schwerpunkte meiner Arbeit als ehrenamtliche Bezirksrätin aus Nürnberg – für Nürnberg und ganz Mittelfranken. Im gemeinsamen Gespräch mit den engagierten Genossinnen und Genossen sowie dem Ortsvereinsvorsitzenden **Abdurrahman Gümrükcü** und seiner Stellvertreterin, **Juso-Vorsitzenden und Stadtratskandidatin Julia Reinke**, wurde schnell klar, dass die aktuelle politische Lage als herausfordernd bezeichnet werden kann.

Die meisten Kommunen – ebenso wie der Bezirk Mittelfranken – stehen in schwierigen finanziellen Zeiten. Es bedarf keiner komplizierten Berechnungen, um zu dieser Schlussfolgerung zu kommen: Bei immer enger werdenden finanziellen Spielräumen sind politische Gestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Was jedoch nicht passieren darf, ist ein re-

flexartiges Einstimmen auf – und Fordern von – Kürzungen im Sozialbereich. Das wäre zu kurz gegriffen, unsolidarisch und sogar gefährlich. Das Bild von „leistungs-unwilligen Hilfeempfängern auf Staatskosten“, das in der aktuellen Debatte gerne bemüht wird, kann zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen.

Menschen, die gerade noch so über die Runden kommen und Angst vor sozialem Abstieg haben, werden gegen die finanziell Schwächsten und benachteiligten Gruppen ausgespielt. Das bereitet mir, die sich politisch wie beruflich intensiv mit sozialen Fragen beschäftigt, große Sorgen.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

(Grundgesetz, Art. 20, Abs. 1)

Unser Sozialstaat ist rechtlich verpflichtet, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Sie ist keine Verhandlungsmasse und kein „nice to have“, sondern einer der wichtigsten Grundpfeiler unserer Demokratie.

Die Finanzlage des Bezirks Mittelfranken bleibt auch im Jahr 2025 angespannt. Trotz aller Anstrengungen, Einsparpotenziale auszuschöpfen, war es unumgänglich, den Hebesatz von **23,55 % auf 25,92 %**

anzuheben. Das bedeutet eine Steigerung um **2,37 Punkte** – ein Schritt, den wir nicht gerne gehen, der aber notwendig ist, um die Handlungsfähigkeit des Bezirks zu sichern. Für die Stadt Nürnberg bedeutet diese Umlage eine Erhöhung der Ausgaben um **50 Millionen Euro** auf insgesamt **283 Millionen Euro**.



Wir dürfen dabei nicht vergessen: Der Bezirk finanziert zentrale Aufgaben, die unmittelbar das Leben vieler Menschen betreffen – gerade auch hier in Nürnberg. Von den Hilfen für Menschen mit Behinderung über die Bezirkskliniken, Hilfen für ambulante und stationäre Pflege bis hin zu Einrichtungen der Jugend- und Kulturarbeit sowie den vier großen Bildungseinrichtungen des Bezirks in Nürnberg – überall spüren wir den steigenden Kostendruck und gleichzeitig die Erwartung, dass der bisher erreichte Status quo erhalten bleibt. In meiner täglichen Arbeit erlebe ich sehr konkret, was diese Zahlen bedeuten. Wenn ich mit Eltern im **Zentrum für Hörgeschädigte** in Nürnberg ins Gespräch komme, wird mir jedes Mal bewusst, wie wichtig stabile Strukturen für Kinder sind, die besondere Unterstützung brauchen. Auch bei meinen Besuchen in Einrichtungen für

Menschen mit Behinderung oder im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialbereich spüre ich den enormen Druck: steigende Kosten, fehlende Fachkräfte – und gleichzeitig ein wachsender Bedarf an Leistungen.

Gerade deshalb war für mich und uns als **SPD-Bezirkstagsfraktion** von Anfang an klar, dass Konsolidierung nicht auf Kosten der Schwächsten gehen darf. Sparmaßnahmen müssen verantwortungsvoll gestaltet werden und dürfen nicht Einrichtungen treffen, die für Menschen mit Behinderung, für betroffene Familien oder für psychisch Kranke unverzichtbar sind.

Korrekturen und Anpassungen sind zweifellos notwendig – aber sie müssen mit Augenmaß erfolgen und im engen Dialog mit den Betroffenen sowie den Helfträgern entwickelt werden.

Für mich ist klar: **Finanzielle Stabilität darf**

niemals mit Kürzungen bei den Schwächsten erkaufte werden.

Haushaltsdisziplin und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze.

Mir liegt besonders am Herzen, dass wir auch in Nürnberg die **soziale Infrastruktur sichern und weiterentwickeln** sowie **kulturelle Angebote fördern**. Haltung zu zeigen und sich für Menschen einzusetzen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen – das sind meine Grundprinzipien.

Haushaltsdisziplin und soziale Verantwortung sind keine Gegensätze.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



SPD NÜRNBERG

POLITIK BRAUCHT VIELFALT

HEIKE SPECHT

DIE FRAU DER STUNDE

Sonntag
26. Oktober
11 - 13 Uhr
Karl-Bröger-Zentrum,
Willy-Pröbß-Saal

Heike Specht,
Autorin

Dr. Nasser Ahmed,
OB-Kandidat

**Lesung
& Gespräch**
mit

AUTOMATISCHE STEUERERKLÄRUNG

Weniger Papierkram, mehr Freiheit für die Menschen

von ARIF TAŞDELEN und NASSER AHMED

Die Steuererklärung: Jahr für Jahr sorgt sie für Stress und Kopfzerbrechen. Berge an Formularen, Anlagen und Nachweisen - selbst in den einfachsten Fällen. Dabei liegen den Finanzämtern viele Daten zu Löhnen, Rente oder Versicherungsbeiträgen längst vor. Trotzdem müssen Bürgerinnen und Bürger ihre Erklärung eigenhändig einreichen. Das ist weder zeitgemäß noch bürgerfreundlich.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Pilotprojekt in Kassel. Dort erstellt das Finanzamt in einfachen Fällen die Steuererklärung automatisch. Diese muss dann nur noch geprüft und freigegeben werden. Statt stundenlangem Papierkram reicht ein kurzer Blick auf den vorgeschlagenen Bescheid. Genau so ein modernes System wollen wir auch in Bayern einführen!

Die Vorteile liegen auf der Hand. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet eine automatische Steuererklärung weniger Stress, weniger Bürokratie und mehr Zeit für die wirklich wichtigen Dinge im Leben. Weiterhin könnten auch die Finanzämter entlastet werden. Weniger Routinearbeit bedeutet mehr Kapazitäten für komplizierte Fälle und gute Beratung. Eine automatische Steuererklärung in Bayern wäre damit ein Paradebeispiel für echten Bürokratieabbau: Mehr Service, weniger Aufwand und eine effizientere Verwaltung.

Als Nürnberger SPD haben wir deshalb gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion einen Vorstoß gestartet. In einem offenen Brief an Albert Füracker forderte Nasser Ahmed den Finanzminister auf, auch in Bayern ein Pilotprojekt zur automatischen Steuererklärung zu starten - mit Nürnberg als Modellregion. Gleichzeitig machte sich Arif Taşdelen mit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag für das Vorhaben stark. Denn für uns ist klar: Nürnberg wäre der ideale Standort für ein solches Modellprojekt. Wir sind nicht nur die zweitgrößte Stadt Bayerns, sondern auch Herzstück einer wachsenden Metropolregion. Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben und arbeiten in Nürnberg. Gerade sie würden von einer vereinfachten Steuererklärung enorm profitieren. Gleichzeitig bietet Nürnberg mit seiner starken Hochschul- und Forschungslandschaft ideale Voraussetzungen, um digitale Verwaltungsprojekte innovativ und praxisnah umzusetzen. Der Erfolg unseres Vorstoßes ließ nicht lange auf sich warten: Keine Woche nach unserer Initiative kündigte Finanzminister Füracker an, die automatische Steuererklärung auch in Bayern prüfen zu lassen - So schnell zeigt Oppositionspolitik selten Wirkung. Das beweist wie sehr wir mit unserem Vorschlag den Nerv der Zeit getroffen haben. Vielen Dank für die rasche Umsetzung einer SPD-Idee Herr Minister!

Selbstverständlich werden wir weiter an der Sache dranbleiben und dem Minister bei der Umsetzung genau auf die Finger schauen. Es wäre schließlich nicht das erste Mal, dass die Staatsregierung großspurig etwas ankündigt, dann aber wenig liefert. Man denke nur an die Wohnbauoffensive von 2018. Ministerpräsident Markus Söder kündigte damals an, bis 2025 rund 10.000 neue bezahlbare Wohnungen schaffen zu wollen. Nach aktueller Prognose werden es bis Ende dieses Jahres aber nicht einmal 2.000 sein. Damit die automatische Steuererklärung nicht nur angekündigt, sondern auch erfolgreich umgesetzt wird, halten wir als Nürnberger SPD weiterhin an Nürnberg als Modellregion fest. Hier lässt sich das Konzept im überschaubaren Rahmen erproben. So stellen wir sicher, dass technische oder organisatorische Probleme frühzeitig erkannt und behoben werden. Die Bürgerinnen und Bürger verdienen ein funktionierendes System - nicht ein weiteres Prestigeprojekt, das nach der Ankündigung im Sand verläuft. Darüber hinaus denken wir bewusst weiter: Nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Rentnerinnen und Rentner könnten von einer Vereinfachung profitieren. Viele von ihnen haben nur wenige Einnahmequellen, die längst digital erfasst werden. Wenn Steuern künftig direkt von der Bruttorente abgezogen würden, könnten sie vollständig von



der Pflicht zur Steuererklärung befreit werden. Das wäre eine spürbare Entlastung für Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und im Ruhestand nicht mit komplizierten Formularen kämpfen sollten. Wir werden uns deshalb sowohl im Landtag in München als auch vor Ort in Nürnberg weiter mit Nachdruck für dieses Projekt starkmachen. Eine moderne Verwaltung ist keine Zukunftsvision, sondern eine Pflichtaufgabe. Wer Digitalisierung ernst meint, muss sie auch bei der Steuer umsetzen. Die Menschen in Bayern haben Anspruch auf eine Verwaltung, die ihnen das Leben erleichtert statt es zu erschweren. Die automatische Steuererklärung ist eine realistische, praktikable und faire Lösung. Sie entlastet nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Verwaltung, und sie stärkt das Vertrauen in den Staat. Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf: Machen Sie Nürnberg schnellstmöglich zur Modellregion und beginnen Sie mit der Umsetzung. Denn Ankündigungen sind gut - Ergebnisse sind besser. Packen wir es an: Für weniger Bürokratie, mehr Zeit fürs Leben und neuen Chancen für Nürnberg!

ROTSTICHT!
SPD-SCHAFKOPFTURNIER

 **20.10.25**  **19 Uhr**

 **Gutmann am Dutzendteich, Wanner-Stube**


MIT DR. NASSER AHMED
OB-KANDIDAT

STARTGEBÜHR: 10€
HAUPTPREIS: 150€
Und viele weitere attraktive Sachpreise!

Anmeldung unter
nuernberg@spd.de oder 0911 438960

SPD NÜRNBERG

In Krisenzeiten rückt der Sozialstaat in den Fokus. Kein Wunder, denn in Krisen sinken Einnahmen, während Ausgaben steigen. Können wir uns den Sozialstaat in dieser Form noch leisten? Diese Frage wird jetzt häufig gestellt.

Die klare Antwort ist: Wir können und müssen uns den Sozialstaat leisten! Diese Errungenschaft gibt unserer Demokratie Stabilität und Sicherheit. Aber ja, es braucht Reformen. Denn in einigen Zweigen der Sozialversicherung sind die Beträge für die Arbeitnehmenden deutlich gestiegen, so dass weniger in der Tasche bleibt. Allerdings auch, weil so manches Geld im System versandet. Sozialleistungen sind zudem nicht immer passgenau und mitunter zu bürokratisch. Da müssen und können wir besser werden. Unser Sozialsystem darf nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, sondern es muss moderner, digitaler und zielgenauer werden. Und gerechter.

Den Auftakt für die Sozialstaatsreformen bilden mehrere Kommissionen, die sich mit den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung beschäftigen und Reformvorschläge sammeln. Eine allgemeine Sozialstaatskommission – mit Bund, Ländern und Kommunen – haben wir bereits eingesetzt. Sie soll noch bis Ende 2025 Vorschläge vorlegen, die dann ab dem kommenden Jahr umgesetzt werden. Insbesondere sollen steuerfinanzierten Leistungen wie Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag künftig einfacher und schneller werden. Auch damit Menschen nicht mehr an Anträgen zweifeln, von A nach B geschickt werden und damit Leistungen schneller ausgezahlt werden. Auch das Zusammenlegen von Leistungen wird geprüft.

Bedarf für echte Strukturreformen gibt es bei der Kranken- und der Pflegeversicherung. Der Beitrag zur Pflegeversicherung hat sich durch die Ausweitung der Leistungen und die wachsende Zahl Pflegebedürftiger in den letzten dreißig Jahren fast vervierfacht. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung steigt seit zehn Jahren auf immer neue Höchststände. Das kann nicht so weitergehen. Für beide Bereiche sind deswegen Kommissionen eingesetzt, die 2026 Vorschläge für grundlegende Reformen vorlegen sollen. Wir müssen unsere Systeme kritisch unter die Lupe nehmen!

Unser Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt, aber nicht in gleichem Maße eines der besten. Umso wichtiger war die noch von der SPD-geführten Bundesregierung durchgesetzte Krankenhausreform: Die Ausgaben in den Krankenhäusern machen den höchsten Anteil an den Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung aus. Es ist

sehr teuer, bietet aber keine bessere Behandlung, wenn jedes Krankenhaus alles anbietet, in manchen Bereichen aber nur wenig Expertise hat. Erstaunlicherweise müssen wir jetzt in der Koalition dafür kämpfen, dass die Reform nicht von der Union verwässert wird. Einig sind wir uns immerhin schon im Grundsatz, dass die Hausärzte eine noch stärkere Rolle als Lotsen im System bekommen sollen (Primärarztssystem), um die Zahl unnötiger Facharztbesuche zu senken. Helfen soll auch die bereits eingeleitete Digitalisierung: Mit der elektronischen Gesundheitskarte etwa lassen sich unnötige Mehrfachuntersuchungen vermeiden. Allerdings – und das weiß ich aus eigener Erfahrung – muss diese Karte dringend benutzerfreundlicher werden.

Auch in der Pflege soll nahezu alles geprüft werden: Über-, Unter- und Fehlversorgung, aber auch die verpflichtende individuelle Absicherung durch zusätzliche private Eigenvorsorge und die Frage nach mehr Steuerzuschüssen. Nicht zuletzt wird es um die Begrenzung der Eigenanteile in Pflegeheimen gehen.

Aus unserer Sicht wäre die Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege eine wichtige grundlegende Reform, also dass alle einzahlen. Allerdings stehen die Chancen dafür mit den Unionsparteien nicht allzu hoch.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist heute viel niedriger als vor zehn oder zwanzig Jahren. Drastischer Reformbedarf beim Arbeitslosengeld besteht offensichtlich nicht. Anders beim steuerfinanzierten Bürgergeld. Hier sind die Ausgaben erheblich gestiegen. Vor allem als Krisenfolge durch den russischen Angriff auf die Ukraine erhielten Anspruch auf Bürgergeld, wobei jetzt immer mehr von ihnen arbeiten. Insgesamt gibt es jedoch durchaus Reformbedarf, um sicherzustellen, dass sich Arbeitsaufnahme oder -ausweitung stets finanziell lohnt (Zuverdienstregelungen). Zugleich hatten wir auch schon in der Ampel geplant, die Sanktionen zu verstärken, wenn jemand nicht mitzieht, Termine unentschuldigt versäumt oder auch ohne triftigen Grund Arbeit, Ausbildungsplatz oder Eingliederungsmaßnahme ablehnt. Zugleich braucht es eine deutlich bessere Kontrolle bei Sozialleistungsmissbrauch, insbesondere bei Schwarzarbeit. Umgekehrt bleibt das von uns in den letzten Jahren



WIE WEITER MIT DEM SOZIALSTAAT?

ausgebaute Fördern erhalten, also die Unterstützung etwa bei Ausbildung oder Weiterbildung, um nachhaltig in Arbeit zurückzukehren.

Auch der Beitrag zur Rentenversicherung ist heute – allen Unkenrufen zum Trotz – nicht höher als vor dreißig Jahren. Er wird aber künftig steigen. Das liegt auch am von der SPD durchgesetzten Rentenpaket, mit dem wir das Rentenniveau noch in diesem Herbst für die absehbare Zukunft sichern. Trotz unserer älter werdenden Gesellschaft werden damit auch diejenigen eine halbwegs vernünftige Rente bekommen, die jetzt noch arbeiten. Eine Rentenkommission soll sich grundsätzliche Gedanken machen und bis 2027 Vorschläge vorlegen. Sie wird sich auch mit dem Vorschlag von Bärbel Bas befassen, dass Beamte, Abgeordnete und Selbstständige ebenfalls in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen (Erwerbstätigenversicherung).

Für uns als SPD gilt: Sozialreformen und eine stärkere Beteiligung hoher Einkommen und Vermögen gehören zusammen. Mal sehen, wie weit wir damit in der neuen Regierung kommen. Vielleicht tun sich Möglichkeiten auf: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet demnächst über die Erbschaftsteuer, was die Grundlage für eine Reform bilden könnte. Und: Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer zu entlasten. Diese Reform ist für die Mitte der Wahlperiode geplant. Es bietet sich eine klare Gegenfinanzierung an: Sehr hohe Einkommen stärker beteiligen, um kleine und die breite Mitte zu entlasten!

NÜRNBERG SCHAUT HIN UND ÜBERNIMMT VERANTWORTUNG!



Vlnr. Henriette Bauer, Hedwig Schouten und Roswitha Weidenhammer.

von HENRIETTE BAUER

Am 30. April 2025 war es soweit: Die erste „Orange Bank gegen Gewalt an Frauen“ wurde – im Rahmen einer weltweiten Aktion – auf öffentlichem Grund am Westbad Nürnberg mit Bürgermeister Christian Vogel feierlich eingeweiht. Ein starkes Zeichen gegen Gewalt – und für Sichtbarkeit, Mut und Solidarität.

„Gewalt an Frauen darf nicht länger übersehen werden!“

Die Frauenbeauftragte und Leiterin der

Gleichstellungsstelle der Stadt Nürnberg, Hedwig Schouten, sowie Roswitha Weidenhammer, die 13 Jahre lang Gleichstellungsbeauftragte im Klinikum Nürnberg war, hielten bei der Einweihung leidenschaftliche Reden. Sie machten deutlich, wie dringend Handlungsbedarf besteht: Gewalt an Frauen wird tagtäglich nicht gesehen, nicht wahrgenommen, ignoriert oder verharmlost.

• Die Zahlen steigen weiter: 2023 gab es in Deutschland 250.000 gemeldete Fälle häuslicher Gewalt, 70 % der Betroffenen

sind Frauen – die Dunkelziffer ist hoch.

- Jede dritte Frau erlebt in Deutschland mindestens einmal im Leben körperliche und/oder sexualisierte Gewalt.
- Täglich versuchen Männer, eine Frau zu töten – fast jeden zweiten Tag gelingt es ihnen.
- In Bayern werden jedes Jahr rund 50.000 Frauen gedemütigt, gequält, geschlagen, vergewaltigt, verstümmelt oder getötet.

Wo bleibt der Aufschrei?

Alle mit dem Thema befassten Stellen brauchen mehr Geld, Unterstützung und Aufmerksamkeit – vor allem auch für Präventionsarbeit.

Wichtige Fortschritte – aber noch viel zu tun

Positiv ist: Anfang des Jahres wurde das Gewalthilfegesetz verabschiedet.

Damit haben Betroffene künftig einen kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung – ein wichtiger Schritt hin zu mehr Sicherheit und Selbstbestimmung. Roswitha Weidenhammer berichtete aus ihrer Erfahrung im Klinikalltag: Viele Betroffene landen nach Gewalttaten in den Notaufnahmen. Umso wichtiger sei es, dass in Nürnberg – der Stadt der Menschenrechte – künftig noch viele orange Bänke aufgestellt werden, an Orten, die sichtbar sind und Zeichen setzen: etwa am Süd- oder Volksbad. Auch aktuelle politische Entwicklungen auf Bundesebene, wie die Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter, machen auf das Problem aufmerksam und geben Frauen neue Hoffnung.

Aufruf: Wo steht die nächste Orange Bank?

Jede orange Bank ist ein sichtbares Symbol gegen Gewalt an Frauen. Darum unser Appell: Wo könnte eine weitere Bank stehen? Auch auf privatem oder kirchlichem Grund können solche Bänke aufgestellt werden – jedes neue Exemplar ist ein deutliches Zeichen für Hinschauen, Solidarität und Verantwortung.

Danke an die Initiatorinnen und Unterstützer:innen

Ein herzliches Dankeschön an die Initiatorinnen Gudrun Frank und Tanja Haas vom DGB – vor dem Nürnberger Gewerkschaftshaus steht bereits eine orange Bank – sowie an Yasmin Yilmaz, Diana Liberova und Nasser Ahmed von der SPD Nürnberg für ihre Unterstützung bei diesem wichtigen Projekt.

LASST MICH GEHEN!

Tabuthema Sterbehilfe – eine Veranstaltung der AG 60plus der SPD Nürnberg

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Wer bestimmt, wann ein Leben endet?

Es gibt Menschen, die das selbst entscheiden möchten – etwa, weil sie im Tod eine Erlösung von unausweichlichem Leid sehen. Seit 2020 ist das möglich: Damals entschied das Bundesverfassungsgericht (BVG), dass das Recht auf selbstbestimmtes Sterben „in jeder Phase menschlicher Existenz“ besteht – und dass man sich dabei auch helfen lassen darf.

Seit 2023 begleitet die Ärztin Dr. Marion von Helmolt Menschen, die diesen Weg gewählt haben. Sie berichtet bei der Veranstaltung, warum sie das tut und welche Erfahrungen sie dabei macht. Sie macht auch deutlich, dass ein solcher assistierter Suizid längst keine „juristische Grauzone“ mehr ist, sondern seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 unter Einhaltung klar definierter Voraussetzungen völlig legal.

Dr. von Helmolt möchte dem Thema Sterben – einem der letzten gesellschaftlichen Tabus – offen begegnen und dabei auch die ethischen, moralischen und menschlichen Dimensionen beleuchten. Von ihr erfahren wir, unter welchen Rahmenbedingungen Sterbehilfe in Anspruch genommen werden darf und wie eine Freitodbegleitung abläuft. Sie berichtet außerdem, wie sich daraus die Chance ergibt, dass Sterbewillige und deren Angehörige bewusst Abschied nehmen können.

Wir als AG 60plus der SPD Nürnberg wollen dieses sensible und komplexe Thema in die gesellschaftliche Diskussion einbringen. Wir möchten informieren, Vorbehalte abbauen und mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zur demokratischen Debatte leisten – im Bewusstsein, dass es hier um Menschlichkeit, Würde und Selbstbestimmung geht.

Noch immer kommt es bei diesem Thema zu Missverständnissen und oftmals auch zu sehr emotional aufgeladenen Diskussionen – teils aufgrund falscher Informationen, Fehlinterpretationen oder schlichtem Unbehagen im Umgang mit dem Tod. Aus diesem Grund möchte ich, ohne zu bewerten, einige häufig gestellte Fragen vorab klären.

Worum geht es eigentlich beim „assistierten Suizid“?

Dabei handelt es sich um eine legale Form der Sterbehilfe in Deutschland. Menschen wie Dr. Marion von Helmolt begleiten Sterbewillige

bis zum letzten Schritt. Sie beraten Patientinnen und Patienten zu Alternativen am Lebensende – und auch zur Sterbehilfe.

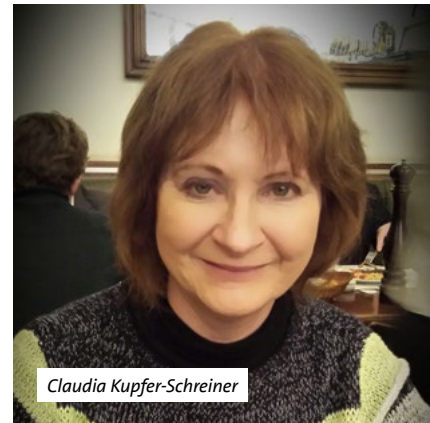
Entscheiden sich Patientinnen oder Patienten für einen ärztlich begleiteten Freitod, dürfen Ärztinnen und Ärzte die entsprechenden Medikamente bereitstellen und einen intravenösen Zugang legen. Die Medikamentenzufuhr müssen die Sterbewilligen jedoch selbst öffnen – daher spricht man von assistiertem Suizid.

Die aktive Sterbehilfe, bei der das tödlich wirkende Mittel von Ärztinnen oder Ärzten selbst verabreicht wird, ist in Deutschland weiterhin verboten und strafbar.

Was besagt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Im Februar 2020 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Grundgesetz ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben umfasst und dass hierbei auch auf die Hilfe Dritter zurückgegriffen werden darf. Das Urteil betont die individuelle Autonomie – gerade auch am Lebensende. Die Gründe für den Sterbewunsch sind zu respektieren; ausschlaggebend ist allein der Wille, das eigene Leben zu beenden, nicht der Beweggrund dafür.

Bis zu diesem Urteil stand nach § 217 StGB die „geschäftsmäßige Förderung der



Claudia Kupfer-Schreiner

Selbsttötung“ unter Strafe – was es nahezu unmöglich machte, Hilfe beim Freitod zu finden. Das Gericht stellte fest, dass dieses Gesetz „die Möglichkeiten einer assistierten Selbsttötung in einem solchen Umfang verengte, dass dem Einzelnen faktisch kein Raum zur Wahrnehmung seiner verfassungsrechtlich geschützten Freiheit verblieb.“

Das BVG verwies zugleich auf die staatliche Verantwortung zum Schutz des Lebens, auf die Bedeutung von Prävention und Aufklärung sowie auf die Gefahr möglichen Missbrauchs. Es empfahl dem Gesetzgeber – ohne ihn dazu zu verpflichten – ein Schutzkonzept zu entwickeln und Sterbehilfe auf Grundlage des Urteils neu zu regeln.

Unter welchen Bedingungen ist assistierter Suizid möglich?

Die derzeitige Rechtslage ist eindeutig: Nach dem Wegfall des Strafrechtsparagra-

fen 217 ist keineswegs „alles erlaubt“ – es wurde auch kein rechtsfreier Raum geschaffen. Das BVG hat die rechtlichen Kriterien klar benannt, unter welchen Voraussetzungen assistierter Suizid möglich ist:

- Die betroffenen Personen müssen volljährig und in ihrer Entscheidungsfähigkeit uneingeschränkt sein.
- Der Sterbewunsch muss gefestigt, uneingeschränkt und freiverantwortlich getroffen werden.
- Die Urteilsfähigkeit darf nicht beeinträchtigt sein – etwa durch eine psychische Erkrankung, eine Suchterkrankung oder eine fortgeschrittene Demenz.
- Es muss ausgeschlossen werden, dass Druck von außen – zum Beispiel durch Angehörige – ausgeübt wird.
- Die Betroffenen müssen umfassend über Alternativen und Behandlungswege informiert sein.

Was hat sich seit dem BVG-Beschluss getan?

Positiv ist, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für den assistierten Suizid seit dem Urteil deutlich zugenommen hat. Nach einer forsa-Umfrage (2024) im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben befürworten 84 % der Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht am Lebensende. Fast ebenso viele Befragte glaubten jedoch fälschlicherweise, dass Hilfe zur Selbsttötung in Deutschland verboten sei – ein klares Zeichen für Aufklärungsbedarf. Interessant ist außerdem, dass sowohl unter Katholiken als auch unter Protestanten mehrheitlich Zustimmung zur Möglichkeit des selbstbestimmten Sterbens besteht. Der Deutsche Ethikrat betonte 2022, dass freiverantwortliche Entscheidungen zum Suizid uneingeschränkt zu respektieren sind. Wichtig sei, die Voraussetzungen für eine wirklich freie Willensentscheidung zu klären – zugleich müsse aber sichergestellt werden, dass Regelungen das Recht auf Selbstbestimmung am Lebensende nicht aushöhlen. Zugleich forderte der Ethikrat, mehr Anstrengungen in der Suizidprävention zu unternehmen, und hob die Mitverantwortung des Staates hervor, Menschen nicht in Situationen geraten zu lassen, in denen sie den Tod dem Leben vorziehen.

Im Deutschen Bundestag fanden 2023 zwei fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Suizidhilfe keine Mehrheit – die Abstimmung erfolgte ohne Fraktionszwang.

Der Antrag um den SPD-Abgeordneten Lars Castellucci wollte die organisierte Sterbehilfe verbieten und unter Strafe stellen. Der liberalere Vorschlag um Renate Künast (Grüne) und Katrin Helling-Plahr (FDP) hingegen forderte die Sicherstellung des

Rechts auf selbstbestimmtes Sterben und den Aufbau eines bundesweiten Beratungsnetzes.

Einig war sich der Bundestag allerdings in einem Punkt: Die Suizidprävention muss gestärkt werden. Angenommen wurde ein Antrag, der eine bessere Forschungsförderung, den Ausbau von Palliativ- und Hospizarbeit sowie eine verbesserte Online- und Telefonberatung vorsieht.

Sollen Ärztinnen und Ärzte jetzt verpflichtet werden, assistierten Suizid durchzuführen?

Nein, keineswegs. Niemand – auch keine Ärztinnen oder Ärzte – kann zum assistierten Suizid verpflichtet werden. Die beteiligten Sterbehelferinnen und Sterbehelfer handeln freiwillig und nach ihrem Gewissen, nachdem sie die Einhaltung aller rechtlichen Voraussetzungen sorgfältig geprüft haben.

Was hat das alles mit dem Leben zu tun?

Sterbehilfe, so Dr. von Helmolt, hat nicht

nur mit dem Tod zu tun, sondern auch sehr viel mit Leben und Lebensbejahung.

Die Gewissheit, friedlich und selbstbestimmt sterben zu können, gibt Sterbewilligen oft neue Kraft und Energie, die verbleibende Zeit bewusst und erfüllt zu gestalten. Manchmal werden bei schwerkranken Patientinnen und Patienten nochmals Ressourcen freigesetzt, die den Krankheitsprozess regelrecht entschleunigen.

Diese letzte Lebensphase kann als besonders intensiv erlebt werden: Das Unnötige tritt in den Hintergrund, der Fokus richtet sich auf das Wesentliche – und auf die Menschen, die einem am wichtigsten sind. Angehörige erhalten die Möglichkeit, bewusst Abschied zu nehmen – oft der erste Schritt zur Trauerbewältigung.

„Dass meine Frau in Frieden gehen konnte“, schreibt ein Hinterbliebener, „ist ein großer Trost. Diese Erkenntnis hat mein Leben gerettet.“

LASST MICH GEHN! Tabuthema Sterbehilfe

🦋 Warum entscheiden sich Menschen für einen assistierten Suizid?

🦋 Wer begleitet sie dabei?

🦋 Was hat das mit dem Leben zu tun?

Darüber sprechen wir mit
Dr. Marion von Helmolt
Ärztin und Freitodbegleiterin

Einführung und Moderation:
Dr. Nasser Ahmed
Gabriele Penzkofer-Röhl
Dr. Claudia Kupfer-Schreiner

Donnerstag
16. Oktober
18:30 Uhr
Karl-Bröger-Zentrum
Willy-Pröhl-Saal

SPD 60plus

SPD NÜRNBERG



Dr. Marion von Helmolt, Ärztin und Freitodbegleiterin.

OKT/NOV
2025
ALLE TERMINE AUF
EINEN BLICK

06.10.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

13.10.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

Di. 14.10.2025 – 19:30 Uhr
SPD Nordost: Ortsvereinstreffen
SIGENA-Plauenerstr. 7,
90491 Nürnberg

16.10.25 – 19:00 Uhr
SPD Hummelstein: Aktiventreffen
Wirtshaus Galvani,
Galvanistraße 10
90459 Nürnberg

20.10.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

22.10.25 – 19:00 Uhr
SPD-Gibitzenhof-Steinbühl und Lichtenhof:
Ortsvereinsitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

27.10.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

28.10.25 – 15:00 Uhr
AG60plus: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

03.11.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

10.11.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

11.11.2025 – 19:30 Uhr
SPD Nordost: Ortsvereinstreffen
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

13.11.25 – 19:00 Uhr
SPD Hummelstein: Mitgliederversammlung
Wirtshaus Galvani,
Galvanistraße 10
90459 Nürnberg

17.11.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

24.11.25 – 19:30 Uhr
Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

25.11.25 – 15:00 Uhr
AG60plus: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Sitzungszimmer

Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte
informiere dich rechtzeitig bei deinen
Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-
Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



www.spd-nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg